



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der
Kinder (Kinderkommission)

Wortprotokoll der 19. Sitzung

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Berlin, den 10. Mai 2023, 14:30 Uhr

Paul-Löbe-Haus

2.200

Vorsitz: Paul Lehrieder, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 nicht öffentlich Seite 5

Ausblick auf die letzte Sitzung am 24. Mai 2023
unter dem Vorsitz des Abgeordneten Paul Lehrieder

Tagesordnungspunkt 2 nicht öffentlich Seite 5

Pressemitteilung zum „Tag der Familie“

Tagesordnungspunkt 3 nicht öffentlich Seite 5

Sonstiges

Tagesordnungspunkt 4 öffentlich Seite 5

Öffentliches Expert*innengespräch zum Thema
„Kinder- und Jugendbeteiligung in
Jugendverbänden“



Inhaltsverzeichnis

Anwesenheitslisten	Seite 3
Sprachregister	Seite 4
Wortprotokoll	Seite 5



Anwesenheitsliste

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Anwe- senheit	Stellvertretende Mitglieder	Anwe- senheit
SPD	Lahrkamp, Sarah	<input checked="" type="checkbox"/>	Hostert, Jasmina	<input type="checkbox"/>
CDU/CSU	Lehrieder, Paul	<input checked="" type="checkbox"/>	Leikert, Dr. Katja	<input type="checkbox"/>
BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN	Fester, Emilia	<input checked="" type="checkbox"/>	Stahr, Nina	<input type="checkbox"/>
FDP	Seestern-Pauly, Matthias	<input checked="" type="checkbox"/>	Adler, Katja	<input type="checkbox"/>
AfD	Bollmann, Gereon	<input type="checkbox"/>	Storch, Beatrix von	<input checked="" type="checkbox"/>
DIE LINKE.	Reichinnek, Heidi	<input checked="" type="checkbox"/>	Akbulut, Gökay	<input type="checkbox"/>

Gäste

Funktion	Name	Anwe- senheit
Sachverständige	Broda, Daniela	<input checked="" type="checkbox"/>
Sachverständiger	Reisner, Lars	<input checked="" type="checkbox"/>

Fraktionsmitarbeiter

Fraktion	Name	Anwe- senheit
FDP	Fritzsche, Corinna	<input checked="" type="checkbox"/>
DIE LINKE.	Fuchslocher, Kolja	<input checked="" type="checkbox"/>



Sprechregister der Abgeordneten und Sachverständigen

Abgeordnete

Vors. Paul Lehrieder	5, 8, 9, 11, 12, 13, 15, 16, 18, 19, 20, 21, 22
Abg. Sarah Lahrkamp	11
Abg. Emilia Johanna Fester	12, 13, 15, 18, 20
Abg. Beatrix von Storch	16, 18
Abg. Heidi Reichinnek	11

Sachverständige

Daniela Broda	5, 9, 12, 14, 16, 20, 21, 22
Lars Reisner	5, 8



Tagesordnungspunkte 1 bis 3

Siehe hierzu das separat gefertigte Kurzprotokoll.

Tagesordnungspunkt 4

Öffentliches Expert*innengespräch zum Thema „Kinder- und Jugendbeteiligung in Jugendverbänden“

Vorsitzender: Ich würde vorschlagen, dass wir schon gemütlich mit der Begrüßung et cetera anfangen, bis wir die Einführung in die Sach- und Rechtslage vorgenommen haben. Frau Broda, Herr Reisner. Ich glaube dann sind wir auch reif, um übertragen zu werden. Ich eröffne nun den öffentlichen Teil unserer heutigen Sitzung. Wir kommen zu TOP 4, unserem öffentlichen Expertengespräch zum Thema „Kinder- und Jugendbeteiligung in Jugendverbänden“. Ich weise darauf hin, dass diese Sitzung nachher live auf Kanal 3 des Parlamentsfernsehens übertragen wird. Zusätzlich wird sie aufgezeichnet, um im Anschluss ein Wortprotokoll erstellen zu können, das zu gegebener Zeit auf der Internetseite des Bundestages zugänglich sein wird.

Als Sachverständige darf ich auch im Namen der übrigen Mitglieder ganz herzlich Frau Daniela Broda und Herrn Lars Reisner vom Deutschen Bundesjugendring e.V. begrüßen und willkommen heißen. Ich habe am Wochenende erst mit der Deutschen Bläserjugend unsere gemeinsame Präsidiumssitzung in Fulda gehabt. Ich bin auch in engem Kontakt - Seite 2, rechts unten, fünftes Kästchen - mit der Mitgliedsorganisation Ihres Verbandes. Ich kenne die deutsche Chorjugend recht gut und bin auch sehr dankbar, dass es dem Bundesjugendring, ähnlich wie vielen von uns im Kreisjugendring und im Bezirksjugendring, die Engagement zeigen, gelingt als Sprachrohr Darlegungen für die Interessen der Jugendverbände und der Jugendpartizipation hier in Berlin zu machen. Ich glaube, es ist wichtig, wenn es euch nicht

gäbe, müsste man euch erfinden. Ich danke Ihnen, ich danke euch für die gute Zusammenarbeit, wengleich wir natürlich als Politik nicht immer gleich alle Vorstellungen der Jugendverbände von heute auf morgen umsetzen können. Zumindest sind Sie uns wertvolle Ratgeber, beziehungsweise Leitplanken unserer Entscheidungen hier in Berlin. Wir werden dann in der Diskussion über das ein oder andere sicher auch sprechen können. Wie schon gesagt, darf ich Ihnen das Wort erteilen. Ich weiß nicht, wer von Ihnen beginnen will. Frau Broda oder Herr Reisner? Bitte schön.

Daniela Broda (Deutscher Bundesjugendring e.V.): Sehr herzlichen Dank für die Begrüßung. Wir freuen uns, dass wir eingeladen wurden. Mein Name ist Daniela Broda, ehrenamtliche Vorsitzende des Deutschen Bundesjugendringes. Ich arbeite als Jugendpolitikerin für die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland.

Lars Reisner (Deutscher Bundesjugendring e.V.): Ich bin Lars Reisner, Referent für jugendpolitische Themen und stellvertretender Referatsleiter in der Geschäftsstelle des Deutschen Bundesjugendringes.

Daniela Broda (Deutscher Bundesjugendring e.V.): Die Themensetzung zum heutigen Expert*innengespräch „Kinder- und Jugendbeteiligung in Jugendverbänden“ hat uns sehr gefreut. Das Eingangsstatement setzt sich gleich mit zwei Fragestellungen auseinander. Zum einen: Wie gelingt eine gute Kinder- und Jugendbeteiligung? Und zum anderen: Welche Rolle spielt sie in der Jugendverbandsarbeit. Zum Einstieg werde ich gleich kurz etwas über uns sagen. Im Anschluss werde ich ein bisschen was hier lassen, was die Strukturmaximen der Jugendverbandsarbeit sind. Dies ist einfach eine gute Basis, wenn wir über Beteiligung sprechen, denn dadurch



wird noch einmal deutlich, welches fachpolitische Mandat der Jugendverbandsarbeit dabei auch obliegt. Wenn wir über Beteiligung sprechen, müssen wir auch über die Anforderungen von - oder vielmehr für eine gute Kinder- und Jugendbeteiligung sprechen. In diesem Zusammenhang werde ich auf die veröffentlichten Qualitätsstandards für eine gute Kinder- und Jugendbeteiligung vom Bundesjugendring und vom Bundesjugendministerium eingehen.

Aber nun kurz vorneweg drei Sätze zu uns: Der DBJR, Sie sehen es, liebe Abgeordnete, ist die Arbeitsgemeinschaft und der Zusammenschluss von 35 bundesweiten Jugendverbänden und damit auch deren Landesverbänden und regionalen Gliederungen sowie den 16 Landesjugendringen. Dieser Strukturaufbau ermöglicht auch Jugendverbände eingebunden zu sein, die zum Beispiel nur in einzelnen Ländern oder auch in den vielen Stadt- und Kreisjugendringen aktiv sind. Aus dieser bunten Vielfalt gehen riesige Zahlen an selbstorganisierten Gruppen junger Menschen hervor, sodass wir von einem Jugendverbandsnetzwerk von sechs Millionen jungen Menschen sprechen. Deren Interessen vertritt der Deutsche Bundesjugendring. Als Interessensvertretung sind wir Sprachrohr aber auch Dienstleister und Fachorganisation. Wenn wir über Jugendbeteiligung sprechen, sind wir alle zusammen, der DBJR, die Jugendverbände, die Jugendringe. Sie bilden die Struktur, die es den engagierten jungen Menschen ermöglicht, sich zu beteiligen, ihre Interessen einzubringen und zu vertreten, und zwar mit Wirkung. Zugleich ist diese Struktur die Art, wie sie funktioniert und auch nur funktionieren kann und der Grund, warum Beteiligung gelebt wird und auch gelebt werden muss, sonst funktioniert das Ganze nicht. Die Struktur bietet einen Resonanzraum für Ideen und Positionen, in denen gemeinsame Ziele und Aktivitäten auf demokratischer Basis entstehen und auch reifen. Ob Kommune, Land oder Bund, die Strukturen von Jugendverbänden und

Jugendring ermöglichen die Umsetzung von politischen Zielen und sind für die Jugendverbandsarbeit die Backbone-Struktur, wie auch der letzte Evaluationsbericht zum Kinder- und Jugendplan festgestellt hat.

Unsere Basis, das sind die tausenden Ortsgruppen, in denen sich junge Menschen in ihrer Peer Group auf Grundlage von gemeinsamen Werten und Interessen zusammengeschlossen haben und zum Beispiel das gemeinsame Musizieren oder das Helfen in den verschiedenen Rettungsorganisationen oder auch das Interesse an bestimmten Themen wie zum Beispiel nachhaltige Entwicklung. Das, was Kinder und Jugendliche und junge Erwachsene bewegt, was ihre Themen sind, ist dabei nicht nur, was den verbandlichen Rahmen bestimmt, sondern ergeben sich aus der eigenen Lebenssituation, aus der eigenen Lebenswelt, aktuellen Anlässen, politischen Entwicklungen oder konkreten Bedarfen.

Im Ergebnis gibt es dann oft Erwartungen an die Politik. Da diese Gruppen nicht allein sind, sondern Teil unserer Struktur, entfalten sich daraus Wirkungen. Hierzu findet dann beispielsweise ein Austausch mit anderen Gruppen statt. Die Themen werden dann in den gemeinsamen Zusammenschlüssen und parallel in die nächste föderale Ebene des eigenen Verbandes eingebracht. Damit wird das Ergebnis demokratisch errungen. Von Kernforderungen bis zum Komma finden diese Aushandlungsprozesse statt. Dabei reifen die Ideen und werden qualifiziert und es werden immer mehr junge Menschen durch diese Prozesse beteiligt.

Wenn wir kurz auf den §12 blicken. Wir sind natürlich Teil der Kinder- und Jugendhilfe als Jugendverbände. Insofern ist der §12 SGB VIII einerseits ein Schutzraum und benennt damit den verbundenen Anspruch, den das Gesetz auch für Jugendverbände bereithält. Sie sehen es im Paragraphen hier noch einmal: Eigenverantwortliche Tätigkeit, Wahrung des satzungsgemäßen Eigenlebens. Das Stichwort



„Förderung“ ist aufgeführt, aber auch das Stichwort „Selbstorganisation“ und die Vertretung der Interessen benennt das Gesetz.

Was passiert mit den Ergebnissen? Wenn wir über das Thema Beteiligung sprechen, wie entfaltet sie dann Wirkung? Beteiligung ist Einflussnahme. Die Struktur der Jugendverbände und -ringe sind Transaktionsriemen. Je nach Anliegen, Themen oder Forderungen gelangen die Ergebnisse beispielsweise über den Jugendring in den zuständigen Jugendhilfeausschuss und bei Bedarf darüber oder direkt in die Kommunalpolitik oder den Landesjugendring. Das gleiche gilt auf der Landesebene. Die Themen, Anliegen und Positionen gelangen so über die jeweiligen Zusammenschlüsse und auch über die eigene Verbandsstruktur in die Gremien des Deutschen Bundesjugendrings. Ein kurzes knappes Beispiel: Sie kennen die Position, dass 2020 viele Jugendverbände in dieser Republik feststellten, dass es Schwierigkeiten mit bezahlbaren Räumen gibt, um in diesen Räumen das Engagement auszuleben oder auch einfach teilzunehmen. Dies war auf kommunaler Ebene, aber auch im ländlichen Raum so. Über die regionalen Bezüge, beispielsweise die Deutsche Chorjugend sind wir aktiv geworden, haben einen Antrag auf unserer Vollversammlung eingebracht, Beratungen haben diesen Antrag weiter qualifiziert und somit haben sie eine Grundlage geschaffen unter der Position Räume für Begegnungen zu schaffen, wozu wir lobbyieren. Als Jugendverbände haben wir in Beteiligungsfragen, wie Sie merken, sehr viel Expertise. Blickt man auf das Theorie-Modell, so sind Selbstorganisationen die höchste Form von Beteiligung. In Kooperation mit dem BMFSFJ haben wir die Erfahrungen in der Praxis der Jugendverbandsarbeit genutzt, um auch mit anderen Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe und den vielfältigen politischen wie praktischen Versuchen in allen Lebensbereichen, die junge Menschen betreffen, mehr qualitativ gute Beteiligung zu verankern und die Qualität in Beteiligung zu beschreiben. Sie sehen es da oben. Wir haben

dabei festgestellt, dass es allgemein gültige Grundlagen gibt, die einfach überall auch gelten müssen, wenn wir über Beteiligung sprechen. Gesellschaftliche und institutionelle Anerkennung ist eine Voraussetzung für gelingende Beteiligung. Es braucht aber auch eine Grundhaltung und eine beteiligungsorientierte Kultur. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen setzt institutionelle und auch eine strukturelle Offenheit voraus. Kinder und Jugendliche sind immer bei allen sie betreffenden Entscheidungen zu beteiligen. Und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen muss durch verlässliche Rahmenbedingungen gefördert werden. Aber auch zeitliche, räumliche und personelle Ressourcen müssen ausreichend und planungssicher zur Verfügung gestellt werden. Auf dieser Grundlage sind die Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung entstanden, die eine wesentliche Grundlage des aktuellen „Nationalen Aktionsplan Kinder- und Jugendbeteiligung“ sind. Die Veröffentlichung, die Sie kennen, bietet keine Checklisten. Jedes Kapitel enthält Qualitätsstandards, ergeben einen Sachstand über die aktuelle Diskussion in den jeweiligen Praxisfeldern, und insofern ist die Umsetzung der Qualitätsstandards als ein fortwährender Prozess zu verstehen, der den Diskurs anregen soll.

Wir sind sehr überrascht, welches hohe Interesse uns zu den Qualitätsstandards in den letzten Monaten entgegengebracht worden ist. 4500 Broschüren sind schon verbreitet und es wird gerade nachgedruckt. Ansonsten ist diese Broschüre auch auf einer digitalen Plattform abrufbar. Und wenn man damit arbeitet, kann man auf dieser Plattform Rückmeldungen geben.

Wenn wir schauen, was wir wollen, wenn wir über Beteiligung sprechen oder wenn wir eine Akzentsetzung mit den Qualitätsstandards wollen, dann wollen wir eine Entwicklung, die Beteiligung junger Menschen immer mehr mitdenkt und



unterstützt. Wir wollen deutlich machen, dass Beteiligung nur funktioniert, wenn die Bedingungen stimmen, also auch die Qualität. Wir wollen zum Diskurs anregen und uns in Diskurse einbringen, wie man diese Qualität in den einzelnen Handlungsfeldern verbessern kann. Wir wollen dabei auch die Qualität der Beteiligung innerhalb unserer eigenen Strukturen verbessern. Wir wollen zeigen, dass viel partnerschaftliche Zusammenarbeit möglich und nötig ist, wenn wir über Beteiligung sprechen und das auch zwischen unterschiedlichen Organisationen, Strukturen, zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Dafür braucht es eine Fortsetzung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit der Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Es braucht eine Offenheit, die die Qualität von Beteiligung zum Thema macht und diese auch gemeinschaftlich weiterentwickelt. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen muss auf allen Ebenen strukturell mitgedacht werden, auch auf die Ministerien bezogen ebenso wie bei der Verankerung von Kinderrechten in der Verfassung. Dafür braucht es auch auf der Bundesebene richtige Förder- und Rahmenbedingungen. Der Kinder- und Jugendplan des Bundes ist dafür ein ganz zentrales Instrument.

Insofern setzen wir an dieser Stelle gerne einen Punkt. Wir danken Ihnen sehr herzlich und freuen uns auf den gemeinsamen Austausch.

Vorsitzender: Herzlichen Dank, Frau Broda. Sie haben zum Schluss ausgeführt, dass Sie einen gemeinsamen Punkt setzen. Natürlich bin ich immer für Geschlechtergerechtigkeit zu haben und habe festgestellt, dass die Männerbeteiligung bei Ihren Ausführungen noch etwas zu wünschen übriggelassen hat. Herr Reisner, wollen Sie noch etwas ergänzen?

Lars Reisner (Deutscher Bundesjugendring e.V.): Bei uns ist Parität immer schon

gewährleistet, wenn auch eine Frau spricht.

Vorsitzender: Herzlichen Dank. Ich sehe es genauso und wollte es nur einmal thematisieren. Frau Broda, Herr Reisner eine Frage: Wir haben im Familienausschuss vor 7, 8, 9 Jahren ziemlich kontrovers die Frage des Kinderschutzes diskutiert und haben uns in der Kinderkommission in den letzten Monaten schwerpunktmäßig damit beschäftigt. Wo stehen wir hier in unserer Gesellschaft jetzt 12 Jahre nach Canisius? Wo stehen wir im digitalen Bereich? Wir haben noch einiges vor uns. Wir haben mit etlichen Kriminalhauptkommissaren über die Frage vom digitalen Kinderschutz in den Medien unter dem Stichwort Cyber-Kriminalität gesprochen. Vor acht Jahren haben wir im Familienausschuss kontrovers diskutiert, wie viel Kinderschutz es auch in der Jugendarbeit braucht, hier als Stichwort das erweiterte Führungszeugnis. Was kann man momentan dazu sagen, wie schaut es im Bereich der Jugendverbände mit der Praktikabilität des damals angeführten erweiterten Führungszeugnisses aus? Hat man sich daran gewöhnt? In den Jugendverbänden, mit denen ich regelmäßig zu tun habe, haben wir in der letzten Zeit wenig davon gehört, dass man noch Schwierigkeiten damit hätte. Es hat sich gut eingeschliffen. Es ist schon ein gewisser Verwaltungsaufwand, aber natürlich dem übergeordneten Ziel des Kinderschutzes unterzuordnen. Im Endeffekt haben wir uns zähneknirschend damit abgefunden, dass wir mit dem erweiterten Führungszeugnis versuchen ein höheres Schutzlevel für die bei uns hier in den Gruppen befindlichen Jugendlichen und Kinder zu erreichen. Das ist ganz wichtig. Ich habe es damals auch ein bisschen kritisch gesehen, aber mittlerweile ist es richtig. Das war der richtige Weg damals.

Die zweite Frage, vielleicht können Sie hierzu noch zwei Sätze sagen. Wir hatten die letzten Jahre, gerade auch in der Jugendarbeit mit Corona eine ziemlich harte Zeit. Im Endeffekt hatten wir viele Jugendzentren und Jugendtreffs, die über Monate sogar über



Jahre hinweg fast geschlossen waren. Wir mussten in unseren Verbänden den Neustart der Amateurmusik mit einem zweistelligen Millionenbetrag mit unterstützen. Wie schaut es momentan in den Jugend-Gruppierungen aus? Hat man wieder den Weg zurück in die Jugendzentren gefunden? Wie schaut es da aus? Und wie haben die Jugendlichen Corona verkraftet? Mir tut die heutige Jugend ein bisschen leid, das sage ich ganz ehrlich. Wenn ich mir vorstellen muss, sein Abitur in Corona zu machen und du hast keine Abitur-Feten und keinen Abitur-Ausflug dabei. Das ist eine gegriffene Generation, fast so schlimm wie nach dem Krieg im zerstörten Land, die eigentlich überhaupt nichts machen konnte und sich ein Stück weit einschränken musste. Wie hat die Jugend mittlerweile dieses Corona verkraftet? Oder haben sie es besser verkraftet wie wir Alten uns das vorstellen? Das könnte auch sein. Das ist, glaube ich, ganz wichtig. Wie schätzen Sie das ein?

Ich selbst komme aus der KLJB. war früher Gruppenleiter in der KLJB, und habe Discoververanstaltungen bei uns auf dem Dorf gemacht. Ich komme aus einem kleinen Dorf. Ich habe mich dort als Dachverband oder als Unterorganisation des BDJ eingelebt. Ich sehe es so, dass wir mit der Wahl des Vorsitzenden und der Aufgabenverteilung von Schriftführer und Kassierer, eigentlich das Projekt „Demokratie leben“, welches momentan auf Bundesebene gefördert wird, in den Vereinen und Jugendverbänden in idealer Weise in vielen Bereichen schon leben. Immer wenn ich eine Schulklasse habe, die fragt, wie man sich politisch engagieren kann, dann sage ich: Wer ist bei euch der Klassensprecher? Der hat das Vertrauen seiner Mitschülerinnen und Mitschüler und ist schon per se geeignet, sich ein Stückweit einzubringen und den Haufen zusammenzuhalten, hart ausgedrückt.

Von daher weiß ich nicht, wie es bei den Kolleginnen und Kollegen in der Kinderkommission aussieht? Viele von uns Politikern kommen aus der Jugendarbeit, der

verbandlichen Jugendarbeit und zum Teil aus der kirchlichen Jugendarbeit. Da ist es für mich mindestens genauso wichtig und wertvoll zu sagen, okay, „Demokratie leben“ wird in den Jugendverbänden exerziert. Es wird praktisch gelebt und ist eigentlich die Vorstufe quasi allen politischen Handlungens.

Das soll es am Anfang einmal gewesen sein. Ich habe noch jede Menge Fragen, aber ich will den Kollegen natürlich auch die Gelegenheit geben.

Frau Lahrkamp hat sich schon gemeldet.

Sammeln wir die Fragen oder wollen Sie gleich antworten? Sie bestimmen, Sie sind die Gäste. Wir folgen wie immer unseren Gästen.

Daniela Broda (Deutscher Bundesjugendring e.V.): Wollen wir dann scheinbarweise abfragen? Dann wäre mein Vorschlag kurz auf die zwei Fragen einzugehen.

Vorsitzender: Frau Kollegin Lahrkamp, Frau Kollegin Reichinnek wir machen immer drei Fragen, dann antworten Sie und im Anschluss machen wir weiter.

Daniela Broda (Deutscher Bundesjugendring e.V.): Okay, alles klar, sehr gerne.

Erstes Stichwort „Prävention“: Mir ist ganz wichtig voranzustellen, dass die Präventionsarbeit und die Interventionsarbeit Grundlagen unserer Arbeit sind. Sie wissen, wir haben Qualifizierungsmodule beziehungsweise das Konzept „Juleica“ als ein Jugendleiter-Gruppenkurs. Darüber hinaus haben wir auch schwerpunktmäßig die Auseinandersetzung der verbandlichen Strukturen mit dem Thema. Das heißt, Jugendverbände, das wissen Sie, waren einer der ersten Strukturen, die sehr transparent mit diesem Thema umgegangen sind. Sie hatten auch eine Verortung dieses Themas



und damit eine strukturelle Verankerung in Konzepten. Das ist das eine. Insofern war als wir vor 10, 12 Jahren über die Einführung der Führungszeugnisse diskutiert hatten, der Impuls der Verbandsarbeit zu sagen, ja das mit den Führungszeugnissen ist schwierig. Dazu sage ich gleich noch etwas. Das darf nicht das Alleinige sein, sondern es braucht gute Schutzkonzepte und es braucht Qualifizierung und Ausbildung. Insofern, Führungszeugnisse sind Bestandteil dieser Schutzkonzepte und die Frage war gewesen: Wo ist die Druckstelle? Es ist immer noch die Frage des Verwaltungsaufwandes und bitte jetzt nicht falsch verstehen auch der Umgang damit, welche vielseitigen Einblicke man über das erweiterte Führungszeugnis erhält. Uns geht es eigentlich darum und jetzt nicht verniedlicht gemeint, die Angaben zu haben, ob eine Straffälligkeit in den benannten Paragrafen vorliegt. Insofern lobbyieren wir dahingehend oder haben weiterhin die Positionierung, dass ein Auszug im Kontext des Ehrenamtes ausreicht und es die volle Einsicht nicht braucht. Damit ist auch verbunden, wo man es ablegt et cetera pp.

Zu den Präventionskonzepten: Über zehn Jahre ist das ein Kernthema unserer verbandlichen Strukturen und wir setzen uns sukzessive immer damit auseinander. Natürlich laufen die bundespolitischen Prozesse und Sie wissen, es gibt die UBSKM und weitere Vorhaben, die in dieser Legislatur damit verbunden sind und auch erfüllt werden sollen und wir sind in Begleitprozessen dabei. Wir diskutieren, wir schauen, um auch in eine Weiterentwicklung zu gehen. Das heißt, es reicht nicht nur Präventionskonzepte zu haben, sondern sie sind auch weiterzuentwickeln. Wie der Vorsitzende auch schon gesagt hat, die digitale Welt spielt eine Rolle. Junge Menschen unterscheiden nicht. Auch der Aspekt von Peer-Gewalt und ähnliches ist ein kontinuierlicher Prozess in der Auseinandersetzung damit. Das heißt, es ist ganz klar Schwerpunkt der Arbeit. Auch in der pädagogischen Arbeit mit Kindern und jungen Menschen sind sie an der Stelle zu bestärken und für das Themenfeld zu

sensibilisieren. Wir wissen, dass die Gewalt bezogen auf die Peer-Gewalt hoch ist.

Corona, wie schaut es aus? Wie geht es der Jugend, hat sie es überwunden oder nicht? Ich vermeide hier eine Aussage zu treffen, da nach wie vor etwas gemacht wird. Zwei Jahre in der Phase der eigenen Entwicklung unter den gegebenen Voraussetzungen, die wir in diesem Land hatten, war manches nicht möglich und das hinterlässt einfach Spuren. Und in der Verbandsarbeit traf uns das doppelt, sage ich immer: Einerseits sind wir Interessensvertretung. Andererseits sind wir aber auch pädagogisches Feld. Das heißt, in der pädagogischen Arbeit merkt man auch die Anforderungen, was auf Ferienfreizeiten passiert, welche Geschichten junge Menschen erzählen und auch diese ganze Verarbeitung in der Zeit des Zuhauseesins. Aber wir merken es genauso auch in den Anforderungen, wenn wir mit den jungen Menschen ehrenamtlich arbeiten. Da spielen die Themen und Sie bringen sie in die Beschlusslagen rein, die Debatten zur mentalen Gesundheit, und demzufolge werden wir uns noch lange mit diesem Thema auseinandersetzen müssen. Das auch zu bearbeiten und aufzuarbeiten möchte ich bewusst an dieser Stelle nicht sagen, aber die Auseinandersetzung damit ist wichtig, weil das noch in die tägliche Arbeit mit rein geht.

Vielleicht so weit. "Demokratie leben" ist kurz gefallen und Werkstätte, dies würde ich auch da draufsetzen, was Jugendverbandsarbeit tut. Es ist der Kern dessen, wie wir arbeiten und was unser Grundverständnis ist. Ich weiß nicht, ob Ihre Frage darauf abgezielt hat aber auch um noch einmal zu dem aktuellen Projekt "Demokratie leben" etwas zu sagen. Ich glaube, dass es im Moment nicht Gegenstand in dem Ausschuss hier ist. Ich will mich noch einmal stark machen für das Verständnis, welche demokratischen Strukturen da hinterlegt sind. Diese verbandliche Arbeit, die auf einer Basis fußt, ist die Grundlage einer Zivilgesellschaft und wir wissen alle, dass dies der stärkste Kitt einer Gesellschaft ist.



Vorsitzender: Herzlichen Dank. Nur weil Sie kurz "Du" gesagt haben: Für die Kolleginnen und Kollegen. Wir kennen uns schon seit einigen Jahren und wir sind eigentlich beim „Du“. Heute haben wir hier im Ausschuss mit Rücksicht auf das förmliche Verfahren in der Kinderkommission auf „Sie“ umgeschaltet. Wenn das „Du“ rausrutscht, ist es kein Zeichen von Despektierlichkeit, weder mir noch dir gegenüber, sondern einfach nur weil wir es gewohnt sind.

Gut, bitte, Frau Kollegin Lahrkamp.

Abg. **Sarah Lahrkamp** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Und auch vielen Dank für den Vortrag.

Ich hätte eigentlich Fragen zum Thema Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und dazu ist gerade schon einiges gefallen. Mir persönlich ist Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf allen Ebenen unglaublich wichtig. Kinder sind immer Experten in eigener Sache und immer da, wo es geht, sollte man das fördern und fordern. Von daher würde ich die Expertise auch gerne nutzen, um ein paar Tipps zu bekommen. Ich kenne Jugendbeteiligungen in vielen Gremien, auf der kommunalen Ebene funktioniert das bei uns ziemlich gut. Wir hatten hier in der Kinderkommission auch schon mehrere Sitzungen zum Thema politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Es wurde gerade noch einmal Ihre Arbeit auf den verschiedenen Ebenen beschrieben. Es ist alles gut, das ist alles richtig. Aber wir haben noch ein paar Sachen, zum Beispiel den jugendpolitischen Beirat. Es gibt einige Möglichkeiten auf bundespolitischer Ebene. Wir haben uns auch noch einiges zum Ziel gesetzt, wie zum Beispiel die Absenkung des Wahlalters, was für mich auch eine Form von Beteiligung ist und die Kinderrechte ins Grundgesetz zu schreiben. Auch beim großen Thema Kindergrundsicherung, was wir uns gesetzt haben, spielt es immer wieder mit rein, dass wir sagen, wir müssen auch Kinder und Jugendliche an diesem wichtigen politischen Entscheidungsprozess beteiligen, gerade

wenn es auch um das kindliche Existenzminimum geht. Da würde ich einfach noch einmal fragen: Wie schätzen Sie diese Dinge ein? Haben Sie darüberhinausgehend Forderungen, Ideen, was Sie uns mitgeben möchten, wie wir dann noch eine stärkere Vernetzung und Beteiligung hibekommen? Vielleicht können Sie uns einfach aus ihrer Arbeit, denn Sie beteiligen Kinder und Jugendliche an jedem Tag und in der Struktur im Vereinsleben, uns einfach noch ein paar Tipps mit an die Hand geben, wie wir uns vielleicht noch breiter aufstellen können? Das fände ich sehr schön.

Vorsitzender: Gut, wollen wir die Kollegin Reichinnek gleich noch zu Wort kommen lassen? Dann können wir das zusammen beantworten.

Abg. **Heidi Reichinnek** (DIE LINKE.): Ich fokussiere mich auch auf einen Bereich, auf den wir immer wieder zu sprechen kommen. Zum einen fand ich das schon sehr spannend, dass Sie beim Thema Kinderschutz gesagt haben, es geht nicht nur um das Führungszeugnis, sondern eben auch darum: Was gibt es für Fortbildungen? Was gibt es für Mechanismen? Wenn Kinderschutz funktionieren soll, braucht es natürlich Ressourcen, also zeitliche, finanzielle, personelle und daher ist wie immer der Kernpunkt auch: Jugendbeteiligung braucht Ressourcen und das erzählen wir überall, auch beim letzten Mal im Ausschuss. Wir als Kinderkommission haben noch einmal eine Sonderstellung, weil wir für die Belange der Kinder da sind. In meinen Augen sind wir auch dafür da, Positionen, die vielleicht in unserer Fraktion - in unseren Fraktionen - noch nicht so geteilt werden vor allem mit den Haushälter*innen auszufechten und auch einmal für unsere Perspektive zu bestätigen. Wenn die Vorsitzenden sozusagen wechseln, gibt es Abschlussberichte über die Tätigkeiten, wo dann auch eine Kinderkommission durchaus Forderungen aufstellen kann. Das ist glaube ich unsere letzte Sitzung und die einzige zum Thema



Jugendbeteiligung und da würde mich einmal ganz frei heraus interessieren: Was braucht denn Jugendbeteiligung für Finanzierung auf Bundesebene? Was brauchen wir denn aus Ihrer Perspektive beispielsweise beim KJP, aber auch in anderen Bereichen? Was könnten wir als KiKo auch einmal wirklich selbstbewusst vertreten, wenn es wieder in die nächsten Haushaltsverhandlungen geht? Das wäre, glaube ich, ganz spannend, auch in diesem Kontext noch einmal zu diskutieren. Danke schön.

Vorsitzender: Recht herzlichen Dank. Als Mitglied des Haushaltsausschusses freut es mich schon, wenn die Kollegen von der Linken sagen: Okay, bitte stellt uns eure Wunschliste zusammen. Ich weiß, der KJP ist immer ein relativ großer Posten, natürlich auch bei uns im Titel des Familienministeriums. Vielleicht zur Frage der Kollegin Lahrkamp ergänzend dazu. Die Frage nach der Absenkung des Wahlalters haben wir seit Jahr und Tag. Die Herabsetzung des Wahlalters mit 16 für die Jugendverbände. Wie schätzen Sie es ein, wenn man sagt, jawoll, Wahlalter absenken, aber dann gleichzeitig die Volljährigkeit absenken? Ist es im Sinne des Jugendschutzes? Oder würde das den Interessen der Jugendlichen zuwiderlaufen?

Ja, Frau Kollegin Fester.

Abg. Emilia Johanna Fester (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur als politischen Kommentar: Da koppeln Sie jetzt durchaus gerade zwei Themen, die erst mal in erster Linie nichts miteinander zu tun haben. Die Verbindung mit der Volljährigkeit, die haben gerade Sie hergestellt. Es ist also eine losgekoppelte Frage? Weil es gerade so klang, als würden Sie das Zusammenführen als eine Thematik, die ich so nicht empfinde. Gut, dann, danke.

Daniela Broda (Deutscher Bundesjugendring e.V.): Okay, alles klar. Ja, das ist Verbandsarbeit. Das ist das verbandliche

„Du“. Sehen Sie es uns nach. Das passiert einfach aus dem Verständnis und aus dem Arbeitsfeld heraus.

Bei den Stichworten, die gefallen sind, ist einerseits noch einmal die Frage gestellt worden, welche Tipps man geben kann oder welche Debatten auch noch einmal in diesem ganzen Prozess helfen können. Dazu habe ich neulich im Ausschuss auch schon gesagt, wie es weitergehen kann. Die Auseinandersetzung heute hier, also nicht bezogen allein auf die Kinderkommission, sondern dort, wo die Diskussionen geführt werden, was gute Kinder- und Jugendbeteiligung braucht, egal auf Bund-, auf Land-, auf kommunaler Ebene. Das ist erst einmal ein riesiger Fortschritt. Wir diskutieren offen und auch so, dass am Ende des Tages, im besten Falle, auch Veränderungen passieren und da würde ich sagen, sind wir gesamtgesellschaftlich - Politik, die Verwaltung schließe ich damit ein - in einem Prozess. Insofern hoffen wir, dass beispielsweise die Qualitätsstandards, zu denen ich gerade auch ein paar Beispiele aufgemacht habe, weil es einfach auch Grundlagen sind, eine Transparenz herstellen, mit der Frage, wie eine Einbindung auch gelingt? Was passiert mit den Ergebnissen? Will ich nur die Lebenswelt von jungen Menschen hören oder arbeite ich mit dem, was Sie mir zur Verfügung stellen und zusammen in einem Prozess? Das ist wichtig, wenn wir zum Beispiel über Beteiligung sprechen und es als ein prozesshaftes Momentum verstehen. Insofern, so hoffen wir, können die Qualitätsstandards auch ein bisschen unterstützen, um in den Bezügen, in denen man unterwegs ist - geht es um Politikberatung, geht es um ein Grundverständnis zum Thema Beteiligung, oder geht es um die Praxis konkret vor Ort wie ich meine Kommunalplanung anstelle - dann ist das ein sehr hilfreiches Momentum, etwas in seiner Arbeit auf den Prüfstand zu stellen und gemeinschaftlich auf Lösungen zu schauen.

Deshalb gibt es dazu nicht eine einfache Antwort. Aber weil es auch ganz klar ist, dass man sich die strukturellen Gegebenheiten



auch anschauen muss. Wir stehen dafür immer gerne partnerschaftlich zur Seite und sind auch in Diskussionen immer unterstützend dabei.

Eine weitere Frage, die Sie gestellt haben, handelte von der Wahlaltersabsenkung. Ich switche mal kurz. Hier können wir auch in die Bundesländer schauen. Die diskutieren das auch nicht zusammen. Einige Bundesländer in dieser Republik haben das Wahlalter schon abgesenkt, das heißt, junge Menschen haben die Möglichkeit, mit 16 Landtagswahlen zu machen. Insofern ist das, glaube ich, eine Kopplungsfrage, denn wir sind in der Diskussion darüber hinaus. Insofern warten wir gespannt - wie viele andere auch -, was jetzt in den nächsten Schritten auf Bundesebene passiert, weil bezogen auf Europa haben junge Menschen im kommenden Jahr die Möglichkeit, auch ihre Stimme abzugeben.

Die Finanzfrage habe ich an der Stelle nicht als Wunschzettel verstanden, aber Sie wissen, sage ich mal, wie wir im Bund aufgestellt sind. Wir haben mit dem Kinder- und Jugendplan ein sehr gutes förderpolitisches Instrument. Wir haben mit diesem Instrument die Möglichkeit, vielen Strukturen, die sich stark zivilgesellschaftlich einsetzen, ihre Grundlagestruktur auch gut abzusichern. Sie wissen, in den aktuellen Herausforderungen, in denen wir leben, mit steigenden Kosten, durch den Krieg, steigende Personalkosten, durch Heizen, durch Häuser, das kennen die Jugendbildungsstätten alles. Da steigen die Anforderungen an uns, und ich sage, das ist, glaube ich, auch sehr leicht nachvollziehbar. Die Qualität der Arbeit darf nicht zu Lasten der Kinder und jungen Menschen gehen, da wir schauen müssen, dass die letzten Euros dazu genutzt werden, das Ziel der direkten Arbeit zu unterstützen. Ich kann ganz konkret aufzeigen, wenn wir beispielsweise zum Thema Kinder- und Jugendbeteiligung schauen, dass wir den Aufwuchs im letzten Jahr mit den drei Millionen Euro ermöglicht bekommen haben, dann sind Dinge möglich, auch mit dem Projekt zum Thema Kinder-

und Jugendbeteiligung, Diskussionen auch in den eigenen Strukturen voranzutreiben, Workshops zu machen, zu reflektieren, Auswirkungen zu erkennen und zu schauen, wie es gerade auf kommunaler Ebene ist und wo wir stehen? Wie bin ich in Diskurse eingebunden und ähnliches, aber auch die nächsten Schritte im Bereich Prävention zu gehen. Wir haben aufs Gleis gestellt, bis Ende des Jahres eine Fachstelle Prävention im DBJR zu verankern, weil auch eine kontinuierliche Begleitung auf Bundesebene für die Mitgliedstruktur notwendig ist, um prozesshaft die Arbeit zu unterstützen. Das vielleicht mal praktisch beantwortet und nicht nur auf Beteiligung. Oft ist eine Frage: Was macht ihr denn jetzt, seit die Gelder im Kinder- und Jugendplan leicht angehoben worden sind? Was passiert konkret?

Vorsitzender: Gut, herzlichen Dank. Als nächstes Frau Kollegin Fester.

Abg. **Emilia Johanna Fester** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank auch noch einmal an Sie beide, dass Sie uns heute wieder besuchen. Ich meine, wir haben alle schon in der letzten Familienausschusssitzung erlebt, wie solide Sie vortragen können und warum es so unfassbar wichtig ist, die Jugendverbände weiter zu unterstützen und sich den Themen anzunehmen. Ich fand gerade sehr aufschlussreich, wie Sie uns noch einmal aufgedrösel haben, was auch mit den drei Millionen Euro passiert oder was damit passieren kann in dem Moment, in dem wir es verstetigen, also wofür die Mittel eingesetzt wurden. Ich glaube, da können wir alle auch noch einmal auf unsere Haushälter*innen zugehen und Ihnen direkt spiegeln, dass das an der Stelle wirklich gut und wichtig eingesetztes Geld ist und dass es direkt auch bei den jungen Menschen ankommt und nicht in Strukturen versackt, sondern tatsächlich in die präventive und gute Arbeit vom DBJR fließt. Also dieser aktuelle Mittelaufwuchs ist eine sehr gute Investition. Das kann gerne ins Protokoll.



Ich würde gerne noch ein bisschen beim Thema „Geld“ bleiben. Wir haben jetzt viel über Beteiligung gesprochen und auch über Qualitätsstandards des Angebots selbst gesprochen. Ich glaube schon, dass wir aber auch noch einmal den Blick darauf verwenden sollten, welche Voraussetzungen die jungen Menschen eigentlich brauchen, um auch an einer qualitativollen Beteiligung tatsächlich partizipieren zu können. Ich lenke auf das ganze große Thema „Kindergrundsicherung“ ein und würde Ihnen hier die Gelegenheit geben, sich dazu noch einmal zu verhalten. Im Hinblick auf die Lebensrealitäten junger Menschen: Welche Relevanz hat diese materielle Absicherung junger Menschen, der ganzen jungen Familien, insbesondere derer, die momentan in Armut leben und in prekären Lebensverhältnissen? Welche Relevanz hat das Ihrer Meinung nach auf die Möglichkeit, sich zu beteiligen und die Möglichkeit, auch an Angeboten, die unter dem Dach vom DBJR entstehen, überhaupt teilzunehmen?

Die letzte Frage zu diesem Themenkomplex: Welche Aspekte umfasst für Sie ein kindgerechtes Verständnis des soziokulturellen Existenzminimums? Ein sehr sperriger Begriff, aber genau das wüsste ich gerne, weil hier immer wieder über eine Neuberechnung diskutiert wird und eine Meinung aus der Praxis für uns als Politik, glaube ich, sehr relevant wäre. Vielen Dank.

Daniela Broda (Deutscher Bundesjugendring e.V.): Sehr gerne. Wenn wir über die Kindergrundsicherung sprechen, dann ist das ein Thema, welches nicht nur in dieser Legislatur diskutiert wird. Hierzu haben wir und unsere Strukturen eine klare Positionierung. Ich habe das letztens im Ausschuss auch gesagt: Ich kann mich nur beteiligen, wenn auch Grundbedürfnisse befriedigt, gestillt und erfüllt sind. Das wissen wir auch aus entwicklungspsychologischen Zusammenhängen et cetera pp. Insofern muss das die Basis sein und eine Gesellschaft auch ermöglichen, dass an der Stelle keine

Benachteiligung besteht, sondern Chancengleichheit. Wenn wir über eine Grundsicherung sprechen, dann ist sie für uns mehr als eine materielle Grundsicherung, sondern sie umfasst vielmehr die Lebenswelten von jungen Menschen. Was bedeutet Lebenswelt von jungen Menschen? Teilhabe ist auch wichtig, nicht nur bei jungen Menschen, sondern grundsätzlich, aber natürlich in dem Kontext des Großwerdens, des Hineinsozialisierens in die Gesellschaft ist Teilhabe wichtig. Und Sie wissen: Bildung ist wichtig. Wenn wir darüber sprechen auf welcher Grundlage eine Kindergrundsicherung ermöglicht werden soll, dann sind das für uns wesentliche Aspekte, die erfüllt sein müssen. Darüber hinaus müsse an der Stelle auch eine leichtere Zugänglichkeit ermöglicht werden. Vieles ist nicht so klar, auch wo man unterstützende Begleitung herbekommt. Aber das wissen Sie alles.

Die Sicherung des Existenzminimums, das muss allen jungen Menschen zustehen. Den Gedanken möchte ich gerne noch hierlassen: Wir reden immer über die Kindergrundsicherung, aber es ist eine intensive Auseinandersetzung schon seit je her in der Jugendverbandsarbeit. Wie ist es mit Jugendarmut? Wie ist das mit Übergängen? Wie ist das in Ausbildungssettings? Wie ist es in Studiumsettings? Auch das sind alles Themen, und ich möchte gerne den Impuls an dieser Stelle auch noch einmal nutzen und hierlassen, das bitte auch im Blick zu haben, wenn man sich mit diesem wichtigen Thema Kindergrundsicherung auseinandersetzt. Genau, die erste Frage, ein Stichwort noch mal dazu, würde ich gerade Milla Fester bitten, wenn das möglich ist. Ich habe zu schnell geschrieben.

Abg. **Emilia Johanna Fester** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): *(Nicht auf der Aufzeichnung zu hören)*



Vorsitzender: Gut, herzlichen Dank. Vielleicht noch eine Frage ergänzend. Frau Broda, Herr Reisner, wir haben im Bundestag beschlossen, dass ab 2026 die Ganztagsbetreuung beginnend ab der Grundschule erste Klasse aufwachsen soll und haben als Bund dafür viel Geld in die Hand genommen. Welche Chancen sehen Sie für die Jugendverbände, sich bei dem Ausbau der Ganztagsbetreuung und der Nachmittagsbetreuung vielleicht irgendwo einzuklinken? Ich habe es meiner Bläser-Jugend gesagt, dass sie nicht warten sollen, bis die Jugendlichen zu euch kommen, sondern dahingehen sollen, wo die Jugendlichen sind. Welche Chancen haben die Jugendverbände? Wenn ich jetzt auf die Logos schaue die DLRG Jugend, die Naturfreundejugend, der Jugend des Deutschen Alpenvereins, BDKJ, Bund Deutscher Karnevalisten-Jugend, die Feuerwehr-Jugend sowieso, Bund Deutscher Pfadfinder, THW-Jugend, Deutsche Wanderjugend, Bläserjugend sowieso. Wie nimmt man proaktiv als Jugendverband, quasi als Mitgliedsverband des Bundesjugendrings die Gelegenheit wahr, um bei dem Kampf um die Kinder und Jugendlichen ein Stück weit rechtzeitig dabei zu sein?

Ich kenne es bei mir, in meiner Feuerwehr, dort bin ich jahrelang Schriftführer und Kassierer beim Feuerwehrverband in Gaukönigshofen und da geht es darum, dass man nicht mehr auf die Jugendlichen wartet, sondern versucht, die Kinder schon heranzuführen. Die Kinder sind 6,8 Jahre alt und daddeln an ihrem iPad rum und gehen dann nirgends woanders mehr hin. Das heißt, glaube ich, es geht in immer jüngeren Jahren der Kampf um die Begeisterung der Jugend für bestimmte sinnvolle Hobby los. Wenn sie die Kiddies nicht rechtzeitig mit 6, 8 Jahren zum Instrument oder in den Chor bringen, dann wird es danach sicherlich schwierig werden. Wenn ich auf der Autobahn von Berlin nach Würzburg runterfahre, dann siehst du, wie die Kinder in Autos hinten drinsitzen und mit iPads ruhiggestellt werden. Da schüttelst du den Kopf. Früher

hat man gesagt, zähle die Hochsitze oder Auto-Kennzeichen. Mittlerweile stellen mehr und mehr Eltern die Kinder mit elektronischen Geräten still oder ruhig. Das halte ich für nicht ganz unproblematisch. Die Kreativität der Kinder wird eben auf der Strecke bleiben. Wenn sie heute mal das Daddeln am Computer gelernt haben, dann kriegst du die fast nicht mehr aus dem Kinderzimmer heraus.

Darum ist die Frage: Wie stellen Sie sich mit ihren Jugendverbänden für 2026 auf, um die Möglichkeit zu nutzen, sich in die Nachmittagsbetreuung einzuklinken? Jetzt wohlgerne nicht als billige Ersatzlehrkräfte an den Grundschulen, sondern um unseren Mitgliedsvereinen und Mitgliedsverbänden auf lokaler Ebene die Möglichkeit zu geben, hier den jungen Leuten einfach mal etwas zu zeigen. Zu zeigen, was wir können, was wir tun und dann entscheiden sie, was sie machen wollen. Dass man diese Nachmittagsbetreuungsmöglichkeit tatsächlich mit in die Vereine nimmt, wohlwissend, dass natürlich gerade die Jugendleiter in den Vereinen auch nicht immer nachmittags frei haben. Sie sind ja oft genug auch berufstätig und haben für eine Chorprobe, für eine Gesangsprobe abends eher die Zeit als vielleicht nachmittags um zwei, drei. Welche Möglichkeit der Ganztagsbetreuung sehen Sie?

Können wir gleich noch die Frage von Frau Storch zulassen, dass wir zwei Fragen zusammenfassen, die Sie dann kompakt beantworten können? Bitte.

Abg. **Beatrix von Storch** (AfD): Vielen herzlichen Dank. Ich habe zwei Bereiche, die ich anfassen würde wollen. Das eine ist noch mal zurückkommend auf die Corona-Folgen. Sie haben gesagt, dass Sie damit zu tun haben, also nicht im Bereich der Interessenvertretung, sondern der pädagogischen Aufarbeitung. Sie haben gesagt, dass Sie noch lange damit zu tun haben. Können Sie mal so ein bisschen



beispielhaft beschreiben: Was sind die schwersten Probleme? Was sind die häufigsten Fälle oder die größten Probleme, die Sie da sehen? Vielleicht zwei oder drei Beispiele.

Dann die Frage: Sind die eingetretenen Schäden - denken Sie, dass das reversibel ist? Kann man das irgendwie überkommen? Diese verlorene Zeit und die Schäden, die damit eingetreten sind? Haben Sie den Eindruck, dass über diese Problematik in der politischen Landschaft ausreichend gesprochen wird? Wird dieses Problem, das dort ist, ausreichend hervorgehoben? Sehen Sie die Bedeutung?

Und das frage ich im Kontext mit einer Nachricht, die schon im November '22 Tagesschau: "Bildungslücken bei Jugendlichen. Anteil Jugendlicher ohne grundlegende schulische Fähigkeiten" - grundlegende schulische Fähigkeiten in Deutschland mit 23,8 Prozent. Also fast ein Viertel, denen die Grundlagen - nicht das High End - sozusagen fehlt, so der Kick, um das richtig gute Abitur zu machen, sondern Lesen, Schreiben, Rechnen, Verstehen. Ein Viertel deutscher Schüler ist nicht mehr dabei. Wir haben gehört, dass es insbesondere sozial benachteiligte Kinder in der Zeit besonders schwer getroffen hat. Wie wirkt sich das dort aus, also auch diese Corona-Zeit? Ich lasse es erst einmal dabei. Vielleicht machen wir noch eine Runde.

Vorsitzender: Okay, dann beantworten wir erst einmal. Wenn Ihnen noch etwas einfällt, dann gerne eben noch einmal eine zweite Runde. Bitte schön, Frau Broda.

Daniela Broda (Deutscher Bundesjugendring e.V.): Genau, sehr gerne. Stichwort „Ganztag“: Wer verbirgt sich dahinter? Sehen wir das als Chance? Erst einmal, glaube ich, gibt es viel, was am Bildungssystem nicht so läuft und was auch herausfordernd ist. Das haben nicht nur die Timms, Iglus, Pisas in den Zweitausendern gezeigt. Seitdem muss

man auch systemkritisch sagen: Wie viel ist passiert? Wo stehen wir jetzt? Insofern ist mit Blick darauf, was junge Menschen für ihr Aufwachsen brauchen, wichtig, dann auch im Kontext zu schauen, nicht nur Betreuung, sondern das ist ja immer so ein Begriff, der mit dem Rechtsanspruch es leider geschafft hat, so jetzt determiniert zu sein. Betreuung suggeriert etwas anderes, glaube ich, wo wir alle gemeinschaftlich hinwollen, mit der Chance der Kinder- und Jugendhilfe auf gleicher Augenhöhe zusammen auf Bildung einzuzahlen, wo wir vielleicht irgendwann mal keine Trennung machen von der formalen und auch informellen Bildung, sondern ein grundsätzliches Bildungsverständnis haben, wo eine partnerschaftliche Zusammenarbeit möglich ist. Schule bringt noch einmal andere Voraussetzungen mit als die Kinder- und Jugendhilfe, wie Jugendverbände, die sage ich einmal, mit Konzepten, mit Beteiligung, mit den Fragen an lebensweltorientierten Ansätzen natürlich gute Partnerinnen und Partner sind. Insofern werden wir in den nächsten Jahren viele Debatten dazu führen. Im Bund ist das Gesetz beschlossen. Gerade ist auch noch einmal gesagt worden, wann das Gesetz in Kraft tritt. Ich denke, dass in den kommenden Jahren sehr viele Debatten, aber auch Unterstützung gebraucht wird, um auf kommunaler Ebene diese Systeme miteinander in Berührung zu bringen, sodass auch dadurch etwas entstehen kann.

Ich erlaube mir an der Stelle zu sagen: Das Gesetz allein wird es nicht richten, sondern es braucht Beteiligung auf Augenhöhe, Konzeptentwicklungen von einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit, die auf Schulentwicklung einzahlt, aber auch die Kinder- und Jugendhilfe mit all ihren Stärken aufnimmt und partnerschaftlich zusammenarbeitet. Insofern ist mir, glaube ich, immer an der Stelle wichtig, die Kinder- und Jugendarbeit nicht nur als ein Betreuungsangebot zu sehen, wenn es in der Ferienzeit knapp wird, sondern auch Teil eines konzeptionellen Ansatzes. Dann hat das eine Chance und bezogen auch auf die Verbände, die noch einmal von Ihrer Seite



benannt sind, gibt es auch Erfahrungen aus den letzten Jahren. Jetzt haben wir noch eine ganz andere Möglichkeit durch den Rechtsanspruch auf gute Ganztagsbildung, sage ich an der Stelle immer, um auch gute gemeinsame Wege zu gehen.

Deswegen, um auch ein bisschen direkt an Ihre Frage überzuleiten, ist das Bildungssystem nicht nur durch die Pandemie, sage ich mal, weiter abgekippt, sondern wir hatten davor schon sehr viele Herausforderungen gehabt. Wie erreichen wir junge Menschen? Welche Bildungsabschlüsse haben sie? Wie gehen sie aus dem Schulsystem heraus? Welche Möglichkeiten haben sie? Durch die Pandemie und natürlich auch die Frage des Schulbetriebes und die Möglichkeiten hat sich manches noch einmal anders erkennbar gegeben. Aber die Probleme und Herausforderungen gab es vorher schon. Ich glaube, was mir auch an dieser Stelle noch wichtig ist: Wir in der Jugendverbandsarbeit haben die Maßnahmen unterstützt und zwar, dass es auch immer wichtig war in der Pandemie, die wir alle noch nie so erlebt haben, zu gucken, dass die Gesundheit vorgeht an der Stelle für alle Beteiligten in der Bevölkerung. Wenn Sie fragen, welche Auswirkungen da sind, dann macht das natürlich etwas mit jungen Menschen, die in der Phase sind, beispielsweise weil sie gerade von zu Hause ausgezogen sind, Studienplatz gewählt haben. Da kenne ich auch privat einige, es ist nicht nur eine der vielen Geschichten, die zu Hause ausgezogen sind, also das, was eigentlich angestanden hätte in ihrer Entwicklungsphase von zu Hause sich herauszuzusozialisieren, in eine andere Stadt zu gehen, ein Studium aufzunehmen, nicht möglich war oder auch die ganzen Studi-Jobs, et cetera pp. Die Geschichten sind dazu sehr vielfältig, so vielfältig wie Lebenswelten von jungen Menschen sind. Insofern haben sie viele Berührungspunkte mit den Auswirkungen der Pandemie gehabt. Ich sage mal, beim Aufwachsen und Großwerden sind manche Erfahrungen wichtig. Wenn ich manche Räume in dem Moment nicht so hatte, merken wir beispielsweise gerade

bezogen auf unsere Strukturen, konnten wir an vielen Phasen nicht Freizeit machen. Aber Jugendarbeit fand einfach statt, weil natürlich die intensive Beziehungsarbeit über den digitalen Raum läuft und ermöglicht wurde, so dass es immer einen Ankerpunkt gab. Natürlich ist es etwas anderes, wenn ich im Sommer auf Freizeit fahre, und mit meiner Peergruppe Erfahrungen sammle und auch so in Berührung mit einer verbandlichen Struktur komme und mich irgendwann auch entscheide, ein Ehrenamt zu machen. Dann ist auch noch ein Punkt, den alle Jugendverbände oder auch andere Strukturen haben, die gemerkt haben, dort wo man nicht die Möglichkeit hatte, diese Erfahrung zu sammeln, müssen sie erst einmal wieder, sage ich mal, reinkommen, also auch wieder aufschließen. Wir haben die Jugendleiter*innen-Card mit Qualifizierungsmaßnahmen vom Ausbildungskonzept, da kann man das ganz gut sehen. Wir sind jetzt wieder auf dem Niveau von vor der Pandemie, von knapp 30.000 Karten. Das ist gut. Aber dennoch fehlen uns beispielsweise in diesem Zusammenhang auch junge Menschen, weil die erst einmal in den zwei Jahren sozusagen weggerutscht sind. Wir haben damit bezogen auf mentale Gesundheit und ähnliches zu tun. Ich glaube, die Welt ist so voll mit VUCA-Prozessen, also Anforderungen, die steigen, Digitalität, die steigt, die Schnelligkeit. Die Frage nach Sicherheit. Wir haben einen Krieg. All das bewegt junge Menschen. Insofern sind das Themen, die, in dem heute hier und jetzt uns anders fordern, für die wir pädagogische Antworten finden müssen als zu anderen Zeiten in dieser Republik.

Vorsitzender: Gut, herzlichen Dank. Jetzt weiß ich, zumindest über unsere Bläser-Jugend, dass auch viel mit dem Bundesfreiwilligendienst zusammengearbeitet wird, was in den Jugendverbänden viel mit Freiwilligendiensten macht. Momentan gibt es eine große Diskussion auf Bundesebene. Unsere CDU, unsere Partner, unsere Schwesterpartei hat beim letzten Parteitag



den Beschluss gefasst, ein freiwilliges Gesellschaftsjahr zu machen. Wie schätzen Jugendverbände das ein? Ich kann mich gut erinnern. Vor Jahren hatten wir damals das G8 in Bayern eingeführt, damit unsere Studenten nicht zu alt sind und damit jünger oder schneller zum Studium kommen. Im internationalen Vergleich waren sie ein bisschen zu alt. Das ist wieder auf G9 umgeschwicht worden und das heißt, dass wir wieder neun Jahre im Gymnasium haben. Wenn wir jetzt den Menschen noch ein Gesellschaftsjahr abverlangen, halten Sie das für den richtigen Weg? Oder sollten wir lieber über freiwillige Anreize wie ein vernünftiges Taschengeld oder vielleicht einen Rentenpunkt pro Freiwilliges Soziales Jahr oder Ökologisches Jahr oder weltweit den jungen Menschen gewähren, als wenn wir ein Pflichtjahr machen. Das Pflichtjahr war damals Kollateralprodukt der Bundeswehr beziehungsweise der Wehrpflicht. Das waren die Zivildienstleistenden, die uns jetzt an allen Ecken und Enden fehlen. Die Frage ist: Wie sollen wir den Jugendlichen zumuten, ein Jahr für die Gesellschaft einzubringen? Viele machen es freiwillig. Oder macht es mehr Sinn das auf freiwilliger Basis zu machen?

Jetzt habe ich noch die Kollegin von Storch, die noch eine ergänzende Frage hat. Und die Kollegin Fester hat auch noch ein ganzes Paket von Fragen in ihrem iPad notiert.

Abg. **Beatrix von Storch** (AfD): Ich habe nur noch einmal eine Nachfrage, weil Sie gesagt haben, Sie haben die Maßnahmen unterstützt, fair enough. Die Frage wäre: Wäre jetzt eine vergleichbare Pandemie mit dem vergleichbaren Virus, würden Sie das dann wieder unterstützen? Ist das nicht nur ex post die richtige Maßnahme gewesen? Nicht rückblickend, sondern nach vorne. Würden Sie sie wieder unterstützen? Ist das, was dort an Folgen zu zeitigen war, angemessen gewesen? Mit Blick nach vorne, nicht nach hinten, nach vorne.

Vorsitzender: Schaffen wir neben Bufdi und Corona noch die Frage von der

Kollegin Fester? Packen wir auch noch rein. Bitte schön.

Abg. **Emilia Johanna Fester** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ein kurzer Kommentar zum Thema „Pflichtdienst“: - Er hört mir gar nicht zu, dann lasse ich es bleiben. -

Ich habe eine Frage zu einem Punkt, den Sie in Ihrer PowerPoint-Präsentation angesprochen hatten. Es ist allerdings tatsächlich jetzt einfach noch einmal ein drittes Thema, nichts zum Thema ex post-Querdenken-Fragen, sondern eher eine Frage zu den Kinderrechten im Grundgesetz. Das lief nämlich gerade so kurz am Rand einmal mit und dass dort natürlich die Beteiligung sehr wichtig ist. Ich habe das auch in der Ausschusssitzung, in der wir schon gemeinsam saßen, einmal angesprochen, dass eine Grundgesetzänderung immer ein Unterfangen ist, bei dem sich auch die verantwortungstragende Koalition plus weiterer Unterstützer*innen fragen müssen, ob wir dadurch nicht durch geltendes Recht, die UN-Kinderrechtskonvention auch untergraben könnten. Das sollte natürlich das Gegenteil von dem sein, was wir erreichen wollen, wenn wir sagen, Kinderrechte sollten im Grundgesetz verankert sein. Wir sollten darauf hinwirken, dass sie eben nicht mehr nur als halbe Erwachsene irgendwo mit eingerechnet werden, sondern auch, dass wir als Staat dafür sorgen, die eigene Schutzbedürftigkeit und gleichzeitig Rechte habende Individuen, dem irgendwie Folge zu leisten.

Meine Frage ist: Welche Aspekte müssten aus Ihrer Perspektive besonders im Grundgesetz festgeschrieben werden, damit Kinder und Jugendliche tatsächlich auch gestärkt werden und wir nicht geltendes Recht noch einmal im Grundgesetz verankern? Was könnte hier der große Fortschritt und die große Verbesserung sein? Das wüsste ich sehr gerne.



Und noch ein Kommentar, Herr Lehrieder, jetzt wo Sie mir folgen, noch einmal zum Pflichtdienst: Ich glaube, dass die Analyse, die Sie uns gerade geliefert haben, dass es schlicht und ergreifend unbezahlbar ist und dass die Zivis überall fehlen würden, kann aufgrund dessen schon eigentlich nicht stimmen, weil wir gerade kaum genug Geld haben, um überhaupt die Freiwilligendienste, die wir haben, zu finanzieren. Deswegen ist, glaube ich, die total wichtige Frage zu diesem ganzen Gesellschaftsjahr, was die Union ja auch beschlossen hat, sich immer die Frage zu stellen: Wie sollen wir das denn finanzieren, dass alle Kinder und Jugendlichen, die gerade mit ihrem Abschluss fertig sind, und vielleicht sogar, wenn man es nicht nur auf die Jugend bezieht, sondern auch noch weiter denkt: Wie sollen wir denn finanzieren, dass die alle eine Art von freiwilligen Dienst, der dann nur nicht mehr freiwillig ist, machen sollen, wenn wir die jetzigen knapp 5 Prozent, die einen Freiwilligendienst machen - ich glaub nicht mal - kaum finanziert bekommen? Und dass es immer wieder in den Haushaltsverhandlungen sehr schwierig ist, sich damit auseinanderzusetzen.

Und zu der Frage, die Sie davor gestellt haben, weil ich glaube, dass die gerade nicht beantwortet wurde oder ich habe es verpasst, mit Kindern vor iPads. Einfach nur eine Guck-Empfehlung: Anja Reschke hat sich sehr ausführlich letzte Woche auf ihren Social-Media-Kanälen damit auseinandergesetzt, welche Auswirkungen es auf das kindliche Gehirn hat, so viel vor dem Bildschirm zu sitzen und zu machen. Und welche - auch soziokulturelle - Gründe es auch hat, dass Eltern mal eine halbe Stunde Pause brauchen und was dann gute Medien sind und so weiter. Damit hat sich eine Anja Reschke sehr ausführlich auseinandergesetzt und, wie ich finde, treffende Analysen getroffen. Entsprechend große Lektüre ist es nicht, aber eine Empfehlung an Sie, sich das einmal anzuschauen. Ihre Frage kommt natürlich mit viel Berechtigung und ist eine aktuelle Debatte, wie ich finde, und dort, wie gesagt, sehr gut aufgearbeitet wurde.

Vorsitzender: Herzlichen Dank Frau Kollegin Fester. Wir haben, glaube ich, seit der letzten Sitzung irgendwo noch das Versprechen, mal einen Kaffee zusammen trinken zu müssen. Es hilft alles nichts. Es nützt jetzt auch nichts, wenn wir uns jetzt fetzen. Die Gäste sind hier und wir sollten die Gäste fragen. Aber das können wir sicher bilateral klären. Ich kann mich auch an Dr. Pfeiffer erinnern, der Gehirnforschung betrieben und auch die Kreativität bei Jugendlichen verglichen hat, die mehr als eine Stunde am Tag vor dem Fernseher, beziehungsweise vor technischen Geräten gegessen haben. Ich glaube keinem Gutachten, das ich nicht selber gefälscht habe. Da gibt es von beiden Seiten gute Argumente dafür und dagegen. Ja, die Frage ist natürlich, wie gehen wir mit dem Gesellschaftsdienst um? Brauchen wir ein gesellschaftliches Jahr? Ich bin der Auffassung, Pflicht sowieso nicht, wenn dann freiwillig, wenn dann eben lukrativ genug machen, war sicher aus meinen Wortbeiträgen auch so rausgekommen. Ich halte es für verfassungsrechtlich nicht verhältnismäßig, wenn man den jungen Menschen, ohne dass wir sie für die Landesverteidigung brauchen, ein Jahr Lebenszeit nehmen Artikel 2 Absatz 1, 13 Absatz 1, 14 Absatz 1 Grundgesetz. Das heißt, Berufsausübungsfreiheit ist tangiert, die allgemeine Handlungsfreiheit ist tangiert. Ich halte es für verfassungswidrig. Aber unsere große Schwesterpartei hat diesen richtungsweisenden Beschluss gefasst, ich weiß nicht, ob wir als CSU den Beschluss in ähnlicher Weise fassen werden. Ich weiß es nicht. Ich als Jurist halte es für unverhältnismäßig. Aber noch einmal: Ich wollte nur die Antwort vorwegnehmen, aber Frau Kollegin Fester, wir trinken mal am Rande vom Plenum einen Kaffee, dann können Sie alles, was Sie an meinen Positionen zu kritisieren haben, mit mir austauschen. Das machen wir sehr gerne.

Abg. **Emilia Johanna Fester** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es freut mich aber zu hören, dass wir da einer Meinung sind, Herr Lehrieder.



Vorsitzender: Ja, es gibt auch wenige Punkte, wo wir Konsens haben. Aber bitte Frau Broda.

Daniela Broda (Deutscher Bundesjugendring e.V.): Rückblickend glaube ich, kann man viel sagen: Wir waren in einer Situation und wenn eine neue Situation entsteht, stehen wir vor anderen Herausforderungen. Insofern ist das an der Stelle, glaube ich, nicht einfach beantwortbar, außer mit dem Satz, dass man natürlich immer hinterher etwas schlauer ist.

Stichwort „Freiwilligendienste“: Da muss ich in einem sehr lockeren Ton gleich vorweg schieben, weil das etwas ist, dass Sie alle nicht verwundern wird, wenn wir sagen, Pflichtdienst ist nicht das, was wir sehen, was wir wollen und ist nicht im Interesse von jungen Menschen. Es gibt klare Positionierungen. Auch aus unseren Strukturen schon immer. Es ist keine neue Debatte, die wir gerade erleben. Wichtig ist, wir wissen aus Statistiken, aus Zahlen, dass junge Menschen sich überdurchschnittlich engagieren. Das ist ein Gut in dieser Gesellschaft. Sie engagieren sich hochanteilig im Bereich der Freiwilligendienste und auch in anderen Formen, die dieser Dienst ermöglicht. Klar ist auch, das ist gerade auch ein bisschen deutlich geworden: Es geht darum, Anreize zu schaffen und es geht um Wertschätzung. Es geht auch zu schauen, dass es im Moment mehr Anfragen als Plätze gibt, also das ist alles einmal mit zu reflektieren und mit zu schauen sein. Eine Pflicht einzusetzen, halten wir aus vielfältigen Gründen für durchaus kontraproduktiv und damit auch verbunden, aber da, glaube ich, gibt es hier auch schnell Einigkeit, damit nicht zu vermengen, wo woanders Herausforderungen bestehen, wenn wir schauen auf Fachkräftemangel und et cetera pp. Sondern ein freiwilliges Jahr ist eine Chance. Junge Menschen sollen die Möglichkeit haben, unter den besten Voraussetzungen diese Chance zu erhalten. Aber in einen Pflichtmodus zu gehen, kann an der Stelle nicht im Interesse von jungen Menschen sein. Wenn wir auf die

Kinderrechte schauen, wenn wir über Beteiligung sprechen, völlig berechtigt, müssen wir auch über strukturelle Beteiligung sprechen. Wahlalterssenkung haben wir in der Runde schon gehabt, und ich mache daraus auch kein Geheimnis. Sowohl Wahlalterssenkung als auch Kinderrechte ins Grundgesetz sind urjugendpolitische Forderungen aus den letzten Jahrzehnten. Es ist etwas, womit man sich in den Strukturen immer intensiv auseinandergesetzt hat, weil es auch immer eine Frage ist, wie junge Menschen, Kinder und Jugendliche beteiligt werden und wie Rechte greifen. Natürlich ist die UN-Konvention zum damaligen Zeitpunkt eine riesige Chance gewesen, es eigentlich einfach umzusetzen. Das ist uns leider aus vielen Gründen, für uns nicht nachvollziehbar, nicht gelungen. Als der Prozess in der letzten Legislatur aufgekommen ist und die Debatten losgelegt haben, haben wir natürlich im Sinne von Kindern und Jugendlichen lobbyiert. Wir haben lobbyiert, um den Maßstab der UN-Konvention zu halten und nicht hinter diesen UN-Konventionen zurückzutreten. Insofern, was ist für uns oder aus unserer Sicht wichtig? Was braucht es dafür? Wenn wir zum Wohle auf Kinder und Jugendliche schauen und Maßnahmen ergreifen, die sie betreffen, dann ist der Vorrang an der Stelle wichtig, der berücksichtigt werden muss und insofern etwas, was für uns, wenn es um die Kinderrechte geht, quasi auch mit als Fundament gegossen werden muss. Genau. Das vielleicht dazu noch.

Vorsitzender: Gut, herzlichen Dank. Zwei Fragen noch. Vorhin die Kollegin Reichinnek und jetzt auch die Kollegin Fester haben Ihnen in den Mund gelegt, ob Sie genügend Geld haben, ob der KJP aus ihrer Ansicht ausreichend finanziert ist. Ich würde das als Haushälter gerne mit einem zustimmenden Votum Ihrerseits hören.

Daniela Broda (Deutscher Bundesjugendring e.V.): In den Mund gelegt? Es ist noch einmal deutlich geworden, was mit dem Geld



passiert ist, beim Mittelaufwuchs, den wir über das parlamentarische Verfahren lobbyiert hatten, ist der KJP ausreichend ausgestattet. Da kann ich darauf verweisen, also wenn Sie schauen, was gerade steigt an Kosten, an Herausforderungen für unsere Jugendbildungsstätten im Bereich von auch pädagogischen Angeboten und Ähnliches. Das haben wir nicht nur als Jugendverbände, sondern auch alle Zentralstellen im Kinder- und Jugendplan. Insofern würde es ein absoluter Fortschritt sein, wenn es uns gelingt, ein paar Schritte im KJP zu gehen, dass er angehoben wird und dann perspektivisch, nicht im Heute, aber vielleicht im Übermorgen über eine Systemveränderung, eine Erweiterung mit dem Konzept einer Dynamisierung sprechen könnten. Dann wären alle Träger an der Stelle, sage ich mal, die Chance, nicht durch Virulenten, durch Herausforderungen, durch Energiepreise, die steigen und explodieren und all die anderen Themen - in manchen Ländern finden wir das, dass es eine Dynamisierung gibt und insofern wäre es, sag ich mal, ein Wunsch, dass die Haushälter*innen das als Perspektivthema für sich mitnehmen. Unbenommen - das geht nicht im Heute hier und jetzt, aber wenn man dieses starke Instrument, Kinder- und Jugendplan weiter stärken will, weil man sagt, das ist das Instrument. Das ist der Weg, wo wir als Bund gut fördern können, dann ist das aber auch, sage ich mal, der Punkt, womit man sich perspektivisch in diesem Haus auseinandersetzen muss.

Vorsitzender: Herzlichen Dank. Ich höre das natürlich mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Natürlich als Haushälter mit einem weinenden Auge, auch als Jugend interessierter Mensch. Das ist immer die Diskussion. Ich habe bei mir schon mit vielen Jugendverbänden diskutiert, dass wir in der Jugendarbeit insgesamt, im Jugendhilfebereich, bin selber seit Jahrzehnten im Kreis und da haben wir auch die größten Steigerungen im Jugendhilfebereich, dass wir natürlich die sinnstiftende gute Arbeit der Jugendverbände eigentlich viel zu wenig honorieren, viel zu

wenig bezahlen. Wenn ein Kind auf die schiefe Bahn geraten ist, dann kostet das ein Vielfaches mehr. Wenn ich aber rechtzeitig über Jugendarbeit, über ein sinnvolles Hobby den Jugendlichen einen Sinn gebe in ihrem Leben und die Möglichkeit gebe, einen Sinn zu finden, sagen wir es mal vorsichtig, nicht geben, sondern sie sollen das selber finden, das wir natürlich diese Prävalenzkosten, diese Vorbeugekosten der Jugendverbände eigentlich viel zu wenig beziffern können und da rennen sie bei uns in der Kinderkommission eine offene Tür ein. Natürlich auf der anderen Seite haben wir die Schuldenbremse, wir haben die globalen Minderausgaben in vielen Bereichen, wir haben uns sogar schwergetan, das Programm Sprach-Kitas weiter zu finanzieren. Wo man sagt, da sollen die Länder etwas stärker ins Boot kommen. Wo ich mir eine Co-Finanzierung als Bund auch hätte ganz gut vorstellen können, aber das ist gegessen. Von daher, wenn wir die Kosten halten und einen gewissen Inflationsausgleich hinbekommen, in der Hoffnung, dass die Heizkosten für Jugendräume von der Kommune auch weiterhin übernommen werden können. Da gibt es noch in den nächsten Jahren einiges an Musik. Ich bin einmal gespannt, was da noch ist.

Gibt es von den Kolleginnen und Kollegen weitere Fragen? Frau Broda, Sie kennen mich gut genug. Das heißt, ich mache keine Sitzung länger wie sie sein muss. Ich bedanke mich. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir diesen regelmäßigen Kontakt wie viele von uns, wir von der Kinderkommission sowieso, mit Ihnen haben, mit dem Bundesjugendring haben, dass wir das weiterhin ein Stück weit pflegen. Wir sollten uns gerne hier periodisch abstimmen: Was brennt uns unter den Nägeln? Sie haben sicher gemerkt, Frau Broda, dass wir bei manchen Punkten nicht immer einer Meinung sind. Wir sind keine siamesischen Zwillinge wie gesagt, beim Absenken des Wahlalters, da werden wir wahrscheinlich nicht zusammenkommen. Aber gut, da können wir uns die nächsten Jahre sicher noch drüber streiten.



Dann darf ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen für die Fragen bedanken und wünsche Ihnen alles Gute. Bleiben Sie gesund und weiterhin eine gute Zusammenarbeit und lassen Sie sich in der Kinderkommission beziehungsweise im Familienausschuss natürlich blicken. Wir brauchen Ihre Mitarbeit. Wir brauchen Ihre Expertise. Sie sind am Puls der Jugendverbände und da sind wir als Politik gut beraten zu gucken. Mir hat mal ein älterer Kollege, ich glaube der war von der FDP sogar, gesagt: Du bist Volksvertreter. Du kannst aber das Volk nur dann vertreten, wenn du das Volk kennst, das heißt im Endeffekt aufpassen und gerade im Familienausschuss können natürlich die Interessen der Familie, der Jugendlichen, der Kinder nur dann vertreten werden, wenn wir immer wieder im engen Kontakt mit Ihnen bleiben.

In diesem Sinne: alles Gute. Wie gesagt, Herr Westermeier hält mich auf dem Laufenden beziehungsweise meine Bläser-Jugend. Die wäscht mir schon immer den Kopf, wenn ich nicht eben so folge, wie sie das brauchen. In dem Sinne: Alles Gute und herzlichen Dank für Ihre Arbeit.

Daniela Broda (Deutscher Bundesjugendring e.V.): Herzlichen Dank.

Vorsitzender: Ich schließe dann die Sitzung. Keine Fragen mehr.

Schluss der Sitzung: 15:44 Uhr

Paul Lehrieder, MdB
Vorsitzender